

Eben fordert verstärkte Sanktionen gegen Italien.

Im Verlaufe der Aussprache trat der britische Staatssekretär für Auswärtiges, Eden, in sehr energischer Weise für eine rasche Einstellung der Forderungen ein und erklärte, daß die Frage der Ergreifung weiterer, stärkerer Sanktionen gegen Italien im Verzug ins Auge gefaßt werden müsse, falls eine solche Beendigung des Krieges nicht erzielt werden könne. Die britische Regierung werde sich niemals damit einverstanden erklären, daß die Besprechungen der italienischen Regierung noch während einer unbestimmten Zeit fortgesetzt werden.

Ecuador stellt die Sanktionen ein.

Monte, 7. April. Die Regierung von Ecuador hat die italienische Regierung heute offiziell davon unterrichtet, daß Ecuador die Sanktionen gegen Italien vorläufig aussetze. Dieser Beschluß Ecuadors ist deshalb von besonderer Bedeutung, weil Ecuador Mitglied des Völkerbundes und des Dreizehner-Ausschusses ist. Ecuador begründete seinen Schritt mit der Erklärung, er sei das Ergebnis der Annahme des Dreizehner-Ausschusses-Vorschlages durch Italien, Friedensverhandlungen zu beginnen.

Vom Krieg in Afrika.

(Krieger.) Sieben italienische Flugzeuge haben gestern mittags Dessle heftig bombardiert.

Sämtliche italienischen und ausländischen Berichterstatter haben an einem Flug an Nord-italienischer Küste über dem Gebiet des Abhangs und über Dessle genommen. Sie berichten, daß die ganze Gegend deutliche Spuren der schweren abessinischen Niederlage zeigt. Berichterstatter bestätigen auch, daß Dessle nahezu leer ist.

Majoriall Badoglio, der kurz vor dem abessinischen Feldzug das Fliegerpatent erworben hat, ist während des großen Schlacht am Abhangs wiederholt vom Quartier mit seinem selbstgeleiteten dreimotorigen Flugzeug aufgestiegen, um den Verlauf der Operationen aus der Luft zu verfolgen. Er hatte so bessere Gelegenheit, sich von der Natur des Geländes, den feindlichen Stellungen und der Entwicklung der Schlacht ein Bild zu machen und konnte durch seinen Radio-Telegraphen vom Flugzeug Befehle erteilen. Italienische Fliegerführer, die diese Flüge seien von entscheidender Bedeutung für den Ausgang der Schlacht gewesen. Mussolini erklärte am Mittwoch vor dem Ministerrat, die Sicherheit der italienischen Kolonien mit der völligen Vernichtung der militärischen Abteilungen Abessinien vollkommen erreicht werden.

Neuer Schritt des Vatikan in Berlin.

(Alpa) Wie im Vatikan bestätigt wird, hat der Vatikan in Berlin neuerdings eine Protestnote der Weimarer Regierung überreicht. Der vor einigen Wochen eingereichte Protest hat bis heute keine Antwort gefunden. Die einzige sichtbare Entspannungsnahme war die Freilassung von Major Wanasch, über glaubt man in Berlin, damit den vatikanischen Forderungen Genüge getan zu haben. Der St. Stuhl ist sich nicht bereit, sich mit dieser Sachlage abzufinden noch anderweitige diplomatische Verhandlungen des Vatikan als Ausflucht für die Nichtbeantwortung seiner vorliegenden Vorstellungen gelten zu lassen. Das Reich nicht darum herumkommen, zu den zahlreichen Sondersatzverletzungen sich äußern zu müssen.

Bessere Zeiten für Mexiko?

Washington, 7. April. (Alpa) Die hierher gelangten Meldungen über die Wiedereröffnung zahlreicher Fabriken in vielen Teilen Mexikos beleben erneut die Hoffnungen auf bessere Zeiten, besonders da die Anregung dazu der Bundesregierung gekommen zu sein scheint. Mehr Priester wurden nicht gestattet; den Gläubigen in lediglich mehr Gotteshäuser zur Verfügung ihrer zur Verfügung; auch gestattet die Bundesregierung Wiedereröffnung der bereits abgetrennten Kirchen überauten Kirchen nicht. Während die Bundesregierung die ausschließliche Jurisdiktion über sämtliche Gebäude besitzt, von die einzelnen Bundesstaaten unter gewissen Bedingungen die Priester einzulassen lassen und ihre Zahl festsetzen. Die Wiedereröffnung zahlreicher Kirchen, die gemäß heutigen Gesetzgebung ohne Priester sein müssen, bedeutet insofern den Weg für Proteste gegen die ungenügende, den Staaten festgesetzte Zahl von amtierenden Priestern.

Ein Vorarlberger Wort zur Judenfrage.

Von geschäftlicher Seite.

Wegens, 9. April.

Es ist unleugbar, daß die Judenfeindschaft breiter, bodenständiger und dabei bewußt österreichisch denkender Kreise eine Bewegung darstellt, die aus der Seele des Volkes kommt und Verteidigungscharakter besitzt. Der Antisemitismus als eine gegen die Judenheit gerichtete Stimmung ist allerdings keine Erfindung des Nationalsozialismus, sondern ist von der bodenständigen Bevölkerung als geistiger Grundbaustein stets mehr oder weniger vertreten worden. Entscheidend für die Entwicklung der jüdengegnenden Bewegung ist die Tatsache, daß ein vielfach stillschweigend anerkanntes Judentum im öffentlichen und privaten Leben Schlüsselstellungen erobern konnte und das Augenmaß für die Masse verlor, die der Jude einnehmen darf, ohne die bodenständige Bevölkerung zurückzudrängen und zu beleidigen. Der Hinweis, daß der Staat manchem Juden kulturelle und wirtschaftliche Werte zu verdanken hat, dringt also nicht zum Kern des Theemas vor.

Die Tatsache, daß die Judenfrage in Österreich aktuell ist, erscheint durch die Böhmisches Affäre stark in das Bewußtsein der bodenständigen Bevölkerung gerückt. Die Judenfrage bedarf demgemäß in irgendeiner Form einer Lösung.

Wir können nun gewiß nicht die Methoden des Dritten Reiches nachahmen, denn ein Blick in die gerüttelte deutsche Handelsbilanz zeigt, daß die oft geleugnete Weltförmigkeit des Judentums kein bloßes Schlagwort ist und sich sogar für einen größeren Staat handels- und währungspolitisch sehr ungünstig auswirken kann. Wir werden aber auch bei uns Mittel und Wege finden müssen, das jüdische Element in jene Grenzen zurückzudrängen, die ihm nach seiner zahlenmäßigen Stärke gebühren.

Mit welchen Mitteln die Zurückdrängung des Judentums in Österreich geschehen soll, das bedarf aber sorgfältiger Prüfung und ruhigen, planmäßigen Handelns. Wir brauchen einen vernünftigen, mehr lautiösen und daher staatspolitisch geleiteten Antisemitismus, der die Grundlagen der Rechts- und Wirtschaftordnung nicht zerstört. Es handelt sich bei uns in dieser Frage nicht um ein zugkräftiges Schlagwort, sondern um ein ernstes, geistiges und soziales Problem, für dessen Lösung wir die Praxis des Dritten Reiches nicht als Bezugspunkt nehmen können. Es wäre übrigens falsch, wenn von nationalsozialistischer Seite bei der österreichischen Bevölkerung die Meinung genährt würde, es wäre bisher in Österreich von maßgebender Seite in der Judenfrage nichts geschehen. Wir verweisen in diesem Zusammenhang auf eine neue Führung der Stadt Wien, die in ihrem Verwaltungsbereich, zum Beispiel auf Schulen, Schulen und begründete Maßnahmen getroffen hat.

Die Judenfrage in Vorarlberg hat im Laufe der letzten Jahrzehnte bekanntlich an Gewicht entscheidend eingebüßt, denn der praktische Antisemitismus des tüchtigen und fleißigen Mannes hat das jüdische Element erfolgreich stark zurückdrängen können. Die Auswanderung jüdischer Familien aus Deutschland und ihre Versuche, sich teilweise auch in unserem Lande ansässig zu machen, werden allerdings von uns mit entsprechender Aufmerksamkeit beobachtet. Dazu müssen wir nicht aufgefördert werden. Wenn ein Vorarlberger Blatt, das unter „verstärkter Vorlagepflicht“ erscheint, kürzlich einen Vorstoß unternahm und in diesem Zusammenhang den Gedanken „Vorarlberg den Vorarlbergern“ vertrat, dann ist zu sagen, daß auch wir dieses Prinzip — grundsätzlich gesehen — beden. Wir haben es bekanntlich schon vor zwei und drei Jahren gegenüber jenen Trägern polnischer Mienen vertreten, die uns aus Innsbruck Besuche abstatteten und uns im Zeichen des Nationalsozialismus „nationales Empfinden“ einzubläuen versuchten. Man hat ohne vorherige Aufforderung der bestreuten Zeitung die Frage der jüdischen Einbürgerung im Auge behalten und es wäre ein Irrtum, wenn jemand der Auffassung wäre, daß man bisher in dieser Frage in Vorarlberg zurückhaltend oder gar passiv gewesen wäre. Vorarlberg respektiert das Gasterrecht, aber wenn eine rechtliche oder politische Grundlage für ein behördliches Eingreifen besteht, so wird sie unter Rücksichtnahme auf die Rechtsnormen sowie auf die legitimen Interessen der bodenständigen Bevölkerung gewiß nicht unausgenutzt bleiben.

Eine Abfuhr der Kleinen Entente.

Der russische ...